

Wirtschaftsgipfel Tokio

Treffen der Staats- und Regierungschefs
vom 7. bis 9. Juli 1993

Politische Erklärung

Für eine sicherere und menschlichere Welt

Tokio, 8. Juli 1993

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs unserer sieben Länder und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, bekräftigen unser Bekenntnis zu den weltweit gültigen Prinzipien der Freiheit, Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. Seit unserem letzten Treffen in München ist der Prozeß der Demokratisierung und wirtschaftlichen Reform weiter gediehen. Dennoch treten immer noch Instabilität und Konflikte auf, die ihre Wurzeln vielfach in der Vergangenheit haben. Wir sind zur Zusammenarbeit entschlossen, um eine sicherere und menschlichere Welt zu schaffen, indem wir die internationale Zusammenarbeit auf der Grundlage einer umfassenderen Partnerschaft und eines größeren Aktionsfelds verstärken.

2.

Die Völkergemeinschaft setzt sich aktiv für die Verbesserung der Instrumente zur Verhütung und Lösung von Konflikten ein. Die Vereinten Nationen, die für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit von ausschlaggebender Bedeutung sind, müssen weiter gestärkt werden und sich an die sich wandelnden internationalen Gegebenheiten anpassen. Wir unterstützen daher die laufenden Bemühungen in den Vereinten Nationen, ihre Effizienz zu verbessern und insbesondere, im Zusammenhang mit der „Agenda für den Frieden“ des Generalsekretärs, die Fähigkeit ihrer Institutionen in bezug auf präventive Diplomatie, Wiederherstellung des Friedens, Friedenssicherung und Friedensschaffung nach einem Konflikt effektiver zu entwickeln.

3.

Wir unterstützen nachhaltig die regionale Zusammenarbeit bei der Förderung von Frieden, Demokratie und Stabilität. Wir

begrüßen es, daß Staaten aus Asien und der Pazifikregion eine aktivere Rolle bei der Förderung des Dialogs über regionale Sicherheit spielen. Regionale Organisationen in Europa, Afrika und Amerika leisten bedeutende Beiträge.

4.

Der Schutz der Menschenrechte ist die Pflicht aller Staaten, wie dies auf der Weltmensenrechtskonferenz in Wien bekräftigt wurde. Die gestiegene Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen sowie die Probleme im Zusammenhang mit einer unkontrollierten Migration und die Schwierigkeiten, denen sich nationale Minderheiten gegenübersehen, erfordern dringend die Aufmerksamkeit der Völkergemeinschaft und sollten unter Berücksichtigung ihrer eigentlichen Ursachen angegangen werden. Der Terrorismus stellt, insbesondere wenn er von Staaten unterstützt wird, eine ernste Gefahr dar, der wir entschieden entgegentreten werden.

5.

Bei der Förderung unserer partnerschaftlichen Zusammenarbeit sollten die Reformen in den früheren zentral gelenkten Volkswirtschaften weiter unterstützt werden. Wir sehen der Schaffung demokratischer, stabiler und wirtschaftlich gesunder Gesellschaften in diesen Staaten entgegen. Wir unterstützen entschieden die entschlossenen Reformbemühungen Rußlands unter der Leitung von Präsident Jelzin und seiner Regierung. Wir erwarten von Rußland auch, daß es seine Diplomatie auf der Grundlage von Recht und Gerechtigkeit fördert und weiterhin eine konstruktive und verantwortungsbewußte Rolle in der Völkergemeinschaft spielt. Wir unterstützen ferner den Reformprozeß in der Ukraine und hoffen, daß das jüngste Zusammentreffen zwischen Präsident Jelzin und Präsident Krawtschuk eine Grundlage für eine weitere Verbesserung der Beziehungen zwischen den zwei Ländern schafft.

Inhalt

Wirtschaftsgipfel Tokio

Politische Erklärung	673
Wirtschaftserklärung	675
Erklärung des Bundeskanzlers zum Abschluß des Wirtschaftsgipfels	678

6.

Eine verstärkte Zusammenarbeit ist notwendig, um die Gefahr der Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und Flugkörpern zu bekämpfen. Insbesondere

- fordern wir Nordkorea nachdrücklich auf, unverzüglich seinen Beschluß zurückzunehmen, aus dem NVV auszutreten, und seinen Nichtverbreitungsverpflichtungen, einschließlich der Durchführung des IAEO-Abkommens über Sicherungsmaßnahmen und der gemeinsamen Erklärung über die Entnuklearisierung der koreanischen Halbinsel, in vollem Umfang nachzukommen;
- bestärken wir die betroffenen Länder der ehemaligen Sowjetunion darin, die rasche und sichere Beseitigung von Kernwaffen im Einklang mit bestehenden Übereinkünften zu gewährleisten, und wir leisten zu diesem Zweck effektive Unterstützung;
- fordern wir die Ukraine mit Nachdruck auf, den START-Vertrag zu ratifizieren, und rufen die Ukraine und Kasachstan auf, dem NVV als Nichtkernwaffenstaaten beizutreten.

Wir setzen ferner unsere Bemühungen fort, das Nichtverbreitungsregime einschließlich des Trägertechnologie-Regimes zu stärken und wirksame Exportkontrollen festzulegen. Wir bekräftigen die Ziele eines universellen Beitritts zum NVV sowie der unbegrenzten Verlängerung des Vertrags im Jahre 1995 und der Reduzierung von Kernwaffen. Ferner rufen wir diejenigen Länder, die dies noch nicht getan haben, auf, das Übereinkommen über chemische Waffen zu unterzeichnen und dem Übereinkommen über biologische Waffen beizutreten.

Im Bereich der konventionellen Waffen werden wir darauf hinwirken, daß das VN-Register für konventionelle Waffen als ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Transparenz und der Zurückhaltung bei der Weitergabe dieser Waffen wirksam funktioniert.

7.

Angesichts der sich rasch verschlechternden Lage im ehemaligen Jugoslawien bekräftigen wir unser Bekenntnis zur territorialen Integrität von Bosnien-Herzegowina und zu einer auf den Grundsätzen der Londoner Konferenz beruhenden Verhandlungslösung. Wir können einer von den Serben und Kroaten diktierten Lösung, die zu Lasten der bosnischen Muslime geht, nicht zustimmen. Wir werden keine territoriale Lösung akzeptieren, die nicht die Zustimmung der drei Parteien findet. Wenn die Serben und Kroaten weiterhin darauf bestehen, Bosnien durch gewaltsame Grenzänderungen oder ethnische Säuberungen zu zerstückeln, werden sie sich selbst außerhalb der internationalen Gemeinschaft stellen und können keinerlei wirtschaftliche oder kommerzielle Unterstützung, insbesondere Hilfe für den Wiederaufbau, erwarten. Die Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen betreffend Sicherheitszonen müssen unverzüglich und in vollem Umfang durchgeführt werden, um die Zivilbevölkerung zu schützen. Wir verpflichten uns, den Generalsekretär der Vereinten Nationen bei der Umsetzung der Resolution 836 des Sicherheitsrats durch Entsendung von Truppen, durch den Schutz von

UNPROFOR aus der Luft, durch finanzielle und logistische Beiträge oder durch geeignete diplomatische Maßnahmen zu unterstützen. Die Sanktionen sollten so lange beibehalten werden, bis die Bedingungen der einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats erfüllt sind. Härtere Maßnahmen werden nicht ausgeschlossen. Die humanitären Hilfsmaßnahmen für Bosnien müssen verstärkt werden.

Tief besorgt über die Lage im Kosovo fordern wir die serbische Regierung auf, ihre Entscheidung, die KSZE-Beobachter aus dem Kosovo und aus anderen Regionen in Serbien auszuweisen, zurückzunehmen und einer beträchtlichen Erhöhung ihrer Zahl zuzustimmen.

8.

Wir begrüßen die erfolgreich durchgeführten Wahlen in Kambodscha und die Ankündigung, daß eine Provisorische Nationale Regierung eingesetzt worden ist, an die sich die Einsetzung einer Regierung auf der Grundlage einer neuen Verfassung, die im Einklang mit der Pariser Übereinkunft zu erlassen ist, anschließen soll. Wir werden weiterhin den Wiederaufbau des Landes unterstützen und für dauerhaften Frieden auf der Grundlage der nationalen Versöhnung eintreten.

9.

Wir unterstützen uneingeschränkt die Bemühungen um eine umfassende und dauerhafte Friedensregelung im Nahen Osten und rufen Israel und die arabischen Staaten auf, weitere Schritte zur Vertrauensbildung zu unternehmen. Wir bekräftigen, daß der arabische Boykott beendet werden sollte. Wir rufen Israel auf, seine Verpflichtungen in bezug auf die besetzten Gebiete zu achten. Wir unterstützen die Wiederaufbaubemühungen in Libanon.

Wir unterstützen die Wiedereinsetzung der rechtmäßigen Regierung in Haiti und würdigen die diesbezüglichen Anstrengungen der Vereinten Nationen und der OAS.

Wir sind entschlossen, weiterhin Druck auf Irak und Libyen auszuüben, damit sie alle einschlägigen Resolutionen des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen in vollem Umfang durchführen. Besorgt über Aspekte des Verhaltens von Iran rufen wir die iranische Regierung auf, sich konstruktiv an den internationalen Bemühungen um Frieden und Stabilität zu beteiligen und Handlungen einzustellen, die diesem Zielen entgegenstehen.

Wir begrüßen die in letzter Zeit in Südafrika erzielten Fortschritte in Richtung auf eine Demokratie ohne Rassenschranken, die Südafrika den Weg zu seiner vollständigen Wiedereingliederung in die internationale politische und wirtschaftliche Gemeinschaft ebnen.

10.

In einer interdependenten Welt ist Partnerschaft der Schlüssel zur Schaffung von Frieden und Wohlstand weltweit. Wir verpflichten uns, neue Anstrengungen zu unternehmen, um zur Gestaltung einer sichereren und menschlicheren Welt beizutragen, und fordern andere nachdrücklich auf, sich daran zu beteiligen.

Wirtschaftserklärung

Ein stärkeres Engagement für Arbeitsplätze und Wachstum

Tokio, 9. Juli 1993

1.

Wir, die Staats- und Regierungschefs der sieben wichtigsten demokratischen Industriestaaten und die Vertreter der Europäischen Gemeinschaft, sind in Tokio zu unserem neunzehnten jährlichen Gipfeltreffen zusammengekommen. Die Fortschritte auf dem Weg zur Demokratie und offenen Marktwirtschaft auf der ganzen Welt übertreffen selbst die optimistischsten Erwartungen, die wir noch vor wenigen Jahren hatten. Damit unsere Gesellschaften alle Früchte der jüngsten historischen Veränderungen ernten können, müssen sie auf eine Reihe von Herausforderungen reagieren: Herbeiführung einer wirtschaftlichen Erholung und Schaffung von Arbeitsplätzen, erfolgreicher Abschluß der Uruguay-Runde noch in diesem Jahr, Integration der Länder im Übergang in die Weltwirtschaft, Unterstützung der Entwicklungsländer und die Notwendigkeit, weltweites Wachstum mit umweltpolitischen Zielen zu vereinbaren. Wir sind entschlossen, diese Herausforderungen auf der Grundlage unserer gemeinsamen Werte anzugehen. Wir erneuern unsere Bereitschaft, die internationale Zusammenarbeit auszuweiten, insbesondere durch die Stärkung multilateraler Institutionen.

Weltwirtschaft

2.

Wir sind besorgt über das unzureichende Wachstum und die unzulängliche Schaffung von Arbeitsplätzen in unseren Volkswirtschaften. Die Erholung setzt sich in Nordamerika fort, jedoch noch immer nur in bescheidenem Maße. Europa befindet sich immer noch in einer ausgeprägten Rezession, obgleich es einige Anzeichen für eine Erholung gibt. Die japanische Volkswirtschaft hat das Schlimmste überstanden, und eine gewisse Erholung ist jetzt in Sicht. Viele asiatische und lateinamerikanische Volkswirtschaften expandieren, einige rasch, und spielen in der Weltwirtschaft eine wichtigere Rolle.

3.

Wir sind besonders besorgt über die Höhe der Arbeitslosigkeit. Mehr als 23 Millionen Menschen sind in unseren Ländern ohne Beschäftigung: Dies ist inakzeptabel. Ein Großteil der in jüngster Zeit verzeichneten Zunahme der Arbeitslosigkeit ist auf die derzeitige wirtschaftliche Abschwächung zurückzuführen, aber ein beträchtlicher Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit ist struktureller Natur. Der Abbau der Arbeitslosigkeit erfordert daher eine doppelte Strategie: wohlüberlegte makroökonomische Politik zur Förderung eines inflationsfreien dauerhaften Wachstums und Strukturreformen zur Verbesserung der Effizienz der Märkte; insbesondere der Arbeitsmärkte.

4.

Wir ergreifen geeignete Maßnahmen – und werden dies auch künftig tun – zur Verwirklichung dieser vereinbarten globalen Wachstumsstrategie, um eine dauerhafte Expansion zu fördern, die darauf angelegt ist, beträchtlich mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Wir werden einander eingehend konsultieren,

damit unsere einzelstaatlichen Politiken sich gegenseitig verstärken können und mit unserem gemeinsamen Ziel einer Stärkung und Erholung der Weltwirtschaft vereinbar sind. Wir begrüßen die verbesserte Zusammenarbeit der Finanzminister mit dieser Zielsetzung.

Europa setzt mit Nachdruck die in Edinburgh vereinbarte und in Kopenhagen gestärkte Wachstumsinitiative um. Europa ist entschlossen, als wichtigste Aufgabe die energischen haushaltspolitischen und sonstigen Maßnahmen durchzuführen, die notwendig sind, um sicherzustellen, daß die Bedingungen für eine rasche Senkung der Zinsen geschaffen werden.

In *Nordamerika* werden kraftvolle Maßnahmen, die in den Vereinigten Staaten lange überfällig waren und die wir begrüßen, ergriffen, die mittelfristig einen substantiellen und stetigen Abbau der Haushaltsdefizite, ein höheres Niveau einheimischer Ersparnisbildung und Investitionen und niedrigere langfristige Zinsen gewährleisten sollen.

Japan hat eine Reihe von konjunkturanregenden Maßnahmen getroffen, wozu auch das jüngste umfassende Paket gehört. Japan wird je nach Bedarf fiskal- und währungspolitische Maßnahmen ergreifen, um ein dauerhaftes und inflationsfreies, von einer starken Binnennachfrage getragenes Wachstum unter Berücksichtigung der Notwendigkeit einer vernünftigen langfristigen Fiskalpolitik zu gewährleisten. Dies wird zu dem wichtigen Ziel einer beträchtlichen Verringerung außenwirtschaftlicher Ungleichgewichte beitragen.

Ein erfolgreicher und rascher Abschluß der Uruguay-Runde wird ebenfalls das Vertrauen von Investoren und Konsumenten stärken und somit einen wichtigen Beitrag zu Erholung und Wachstum leisten.

5.

Zur Verbesserung der Beschäftigungs- und Wachstumsmöglichkeiten kommt es entscheidend darauf an, daß die strukturellen Fragen angegangen werden, die einer starken wirtschaftlichen Erholung und einem längerfristigen Wachstumspotential entgegenstehen. In diesem Zusammenhang unterstützen wir den Bericht unserer Finanzminister, der sich auf eine breite Palette von Strukturreformen konzentriert, darunter:

- größere Effizienz des Arbeitsmarkts,
- Verbesserung von Bildung und Ausbildung,
- Erhöhung der Spar- und Investitionstätigkeit,
- Aufrechterhaltung und Verbesserung des multilateralen Handelssystems,
- Abbau von Subventionen,
- Anstrengungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Auswirkungen alternder Bevölkerungen,
- Eingrenzung der Gesamtkosten im Gesundheitswesen,
- Erhöhung der Effizienz der Finanzmärkte unter Gewährleistung ihrer Stabilität,
- Entwicklung einer internationalen Zusammenarbeit im Umweltbereich.

Wir verpflichten uns, diese Themen sowie Fragen der Innovation und Verbesserung der „Qualität“ der Haushalte und einer Steigerung der Effizienz des öffentlichen Sektors anzugehen, und wir werden die Fortschritte auf dem nächsten Gipfeltreffen überprüfen.

Wir begrüßen den Zwischenbericht der OECD zu Beschäftigung und Arbeitslosigkeit. Wir ersuchen die OECD, ihre Arbeit, auch zu den Auswirkungen struktureller Veränderungen

gen, zu intensivieren und ihre Empfehlungen vor unserem nächsten Gipfeltreffen vorzulegen. Wir unterstreichen, welche Möglichkeiten die Umweltpolitik für die Schaffung von Arbeitsplätzen bietet.

6.

Als ein Ergebnis unserer Gespräche stimmen wir überein, unsere hochrangigen Vertreter im Herbst zu einem Treffen in die Vereinigten Staaten mit dem Ziel zu entsenden, die Ursachen der zu großen Arbeitslosigkeit zu untersuchen und mögliche Antworten auf dieses kritische Problem zu finden, das an der Kraft unserer Gesellschaften zehrt.

Handel

7.

Die Aufrechterhaltung und Ausweitung des multilateralen Handelssystems ist für das Wachstum der Weltwirtschaft von grundlegender Bedeutung. Wir sind entschlossen, den Protektionismus in all seinen Erscheinungsformen einzudämmen, und sind uns darin einig, daß nicht auf Initiativen oder Regelungen zurückgegriffen werden soll, die das offene multilaterale Handelssystem zu unterminieren drohen. Wir bestätigen ferner, daß regionale Zusammenschlüsse das System ergänzen und unterstützen sollen.

Unsere oberste Priorität ist ein erfolgreicher Abschluß der Uruguay-Runde. Wir begrüßen die jüngsten bedeutenden Fortschritte in Richtung auf ein umfangreiches Marktzugangspaket für Güter und Dienstleistungen als einen großen Schritt auf dem Weg zur unverzüglichen Wiederaufnahme der multilateralen Verhandlungen in Genf. Diese Fortschritte müssen mit vergleichbaren Maßnahmen zur Marktöffnung seitens anderer Beteiligten einhergehen. Wir fordern alle unsere Handelspartner auf, konstruktiv über alle Themen in der Erkenntnis zu verhandeln, daß nichts als vereinbart gilt, so lange nicht alles vereinbart ist. Wichtige Fragen bleiben noch zu entscheiden. Wir erneuern unsere Entschlossenheit, sie zu entscheiden und mit allen unseren Partnern vor Ende des Jahres eine globale und ausgewogene Übereinkunft herbeizuführen.

Umwelt

8.

Umweltfragen haben auf unserer politischen Tagesordnung trotz schwieriger wirtschaftlicher Zeiten weiterhin hohe Priorität. Wir begrüßen die erste erfolgreiche Tagung der Kommission für Dauerhafte Entwicklung und die Fortschritte, die bei der Umsetzung und Ratifikation des Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen, des Übereinkommens über die biologische Vielfalt bis Ende 1993 und bei den Verhandlungen über ein Übereinkommen über die Bekämpfung der Wüstenbildung erzielt wurden. Wir erneuern unsere Entschlossenheit, eine umweltverträgliche dauerhafte Entwicklung durch eine wirksame Umsetzung der Ergebnisse von UNCED sicherzustellen; dazu gehört auch die Bereitschaft, nationale Aktionspläne bis zum Ende dieses Jahres zu veröffentlichen. Wir werden darauf hinwirken sicherzustellen, daß die Globale Umweltfazilität mit den notwendigen Verbesserungen zu demjenigen Finanzierungsmechanismus wird, der Mittel zur Verfügung stellt, um die zusätzlichen Kosten der Durchführung der in Rio unterzeichneten globalen Umweltübereinkünfte zu tragen. Wir ermutigen die multilateralen Entwicklungsbanken, sich intensiver auf eine dauerhafte Entwicklung zu konzentrieren, Umweltverträglichkeitseinschätzungen in die Projektvorbereitung einzubeziehen und sie öffentlich zugänglich zu machen.

Wir sehen einem erfolgreichen Ergebnis der Konferenz der Vereinten Nationen über Fischbestände, die die Grenzen von Fischereizonen überschreiten, und Wanderfischarten entgegen. Wir werden weiterhin geeignete international vereinbarte Regelungen betreffend die Pflege, den Erhalt und die Bestandserhaltende Nutzung der Wälder anstreben. Wir begrüßen die Analyse, die die OECD/IEA hinsichtlich des Beitrags von Umwelt- und Energietechnologie zur Bewältigung globaler Umweltprobleme vornehmen.

Rußland und die anderen Länder im Übergang

9.

Wir bekräftigen unsere Unterstützung der Reformbemühungen der Länder im Übergang, einschließlich der mittel- und osteuropäischen Staaten, der baltischen Staaten, der neuen unabhängigen Staaten und der Mongolei, auf der Grundlage der Prinzipien der Hilfe zur Selbsthilfe und Partnerschaft. Der Erfolg ihrer Reformbemühungen und ihre volle Eingliederung in die Weltwirtschaft sind für den Weltfrieden und die internationale Stabilität von grundlegender Bedeutung. Wir hoffen auf eine weitere konstruktive und verantwortungsbewußte Zusammenarbeit mit diesen Ländern in internationalen Angelegenheiten. Ermutigende erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung sind in den mittel- und osteuropäischen Staaten erkennbar, in denen die Reformen am weitesten vorangeschritten sind. Wir begrüßen die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und des Handels mit uns und fordern die Länder im Übergang zu einer stärkeren Zusammenarbeit untereinander auf.

10.

Wir begrüßen die weiteren Fortschritte, die Rußland seit München bei seinen mutigen Reformanstrengungen unter der Leitung von Präsident Jelzin erzielt hat und die vom russischen Volk in dem vor kurzem durchgeführten Referendum unterstützt wurden. Wir fordern Rußland mit Nachdruck auf, seine Bemühungen um eine Senkung der Inflation und des Haushaltsdefizits zu verstärken und alle notwendigen gesetzlichen und administrativen Maßnahmen zu treffen, um auf der kraftvoll eingeleiteten Privatisierung aufzubauen und weitere Strukturanpassung zu fördern. Das gemeinsame Treffen der G 7-Minister, das im April in Tokio stattfand, hat einen Rahmen zur Unterstützung der Anstrengungen des russischen Volkes zur Selbsthilfe geschaffen. Wir begrüßen die in jedem der Bereiche erzielten Fortschritte. Die öffentlichen Gläubiger haben den Reformprozeß durch die großzügige Umschuldungsregelung spürbar unterstützt. Wir erwarten, daß die russische Regierung, Banken und die unversicherten Lieferanten vergleichbare Lösungen aushandeln. Wir begrüßen die Schaffung der Systemtransformationsfazilität des IWF und die Auszahlung der ersten Tranche in Höhe von 1,5 Milliarden \$ an Rußland. Wir fordern Rußland und den IWF nachdrücklich auf, unverzüglich Verhandlungen über ein Bereitschaftskreditabkommen herbeizuführen. Wir begrüßen ferner die vor kurzem erfolgte Genehmigung des Weltbankdarlehens zur Wiederinstandsetzung des Ölsektors in Höhe von 610 Millionen \$, das mit einer Kofinanzierung der EBWE in Höhe von 250 Millionen \$ verbunden ist. Wir haben Mittelzusagen zur Einrichtung eines 300-Millionen-\$-Fonds für kleine und mittlere Unternehmen in enger Zusammenarbeit mit der EBWE gemacht. Wir würdigen die Bedeutung eines verbesserten Marktzugangs für den wirtschaftlichen Fortschritt in Rußland. Wir werden mit Rußland auf seinem Weg zum GATT-Beitritt zusammenarbeiten. In diesem Zusammenhang werden wir

unsere Bemühungen verstärken, die Exportkontrollen dem Zeitalter nach dem Kalten Krieg anzupassen. In der Erkenntnis, daß Privatisierung und Unternehmensreform einen Kernpunkt der Umwandlung Rußlands in eine Marktwirtschaft darstellen, vereinbaren wir, in Zusammenarbeit mit internationalen Finanzinstitutionen ein Sonderprogramm zur Privatisierung und Umstrukturierung einzurichten, das aus Hilfen zur Umstrukturierung von Unternehmen, technischer Hilfe und Unterstützung der Verwaltungsgebiete besteht und sich zunächst auf den Zeitraum bis Ende 1994 konzentriert. Es wird erwartet, daß mit diesem Programm insgesamt 3 Milliarden \$ mobilisiert werden. Ferner sind wir bereit, die Privatwirtschaft in unseren Ländern zu ermutigen, sich an diesem Prozeß zu beteiligen und dabei mit ihren russischen Partnern Methoden und Verfahren zur Steigerung der Produktivität gemeinsam einzusetzen. Wir sind übereingekommen, eine Gruppe zur Umsetzung von Hilfsmaßnahmen (Support Implementation Group) in Moskau einzurichten, um die Umsetzung unserer Hilfsmaßnahmen für Rußland zu erleichtern. Gleichzeitig fordern wir eine Verstärkung der russischen Umsetzungsmaßnahmen.

11.

Wir begrüßen die Fortschritte, die im Rahmen des auf dem Münchner Gipfel vereinbarten Programms über nukleare Sicherheit, einschließlich der Schaffung des multilateralen Fonds, erzielt wurden; wir befürworten hierbei eine breitere Beteiligung. Die dringenden Sicherheitsmaßnahmen, die durch die G 24 koordiniert werden, müssen rasch umgesetzt werden, um wirkliche Verbesserungen bei den Anlagen zu erzielen, die immer noch Anlaß zu großer Sorge geben. Die betroffenen Staaten tragen die Hauptverantwortung für die Achtung der grundlegenden Prinzipien der nuklearen Sicherheit. Unabhängige Überwachungsbehörden sollten gestärkt werden, und der nuklearen Sicherheit, einschließlich der baldigen Schließung von Reaktoren mit hohem Risiko wie beispielsweise in Tschernobyl, muß in allen betroffenen Ländern höhere Priorität eingeräumt werden. Wir ersuchen die Weltbank zusammen mit der IEA, den Dialog mit jedem der betroffenen Staaten fortzuführen und mit anderen Finanzierungsinstitutionen einschließlich der EBWE und der EIB zusammenzuarbeiten, um sie bei der Entwicklung längerfristiger Energiestrategien zu unterstützen. Unser Ziel ist es, so bald wie möglich einen Rahmen für ein abgestimmtes Vorgehen aller Beteiligten auf der Grundlage eines länderbezogenen Konzepts zu vereinbaren. Wir werden die erzielten Fortschritte 1994 überprüfen.

Angesichts der bestehenden internationalen Verpflichtungen unterstreichen wir unsere Sorge über die Verklappung von radioaktivem Abfall im Meer durch Rußland.

Entwicklungsländer

12.

Während in vielen Entwicklungsländern ermutigende Veränderungen in bezug auf politische Reformen und Leistungsfähigkeit erfolgen, sehen sich viele immer noch großen wirtschaftlichen und sozialen Problemen gegenüber, insbesondere in Afrika. Wir sind uns bewußt, daß ihre dauerhafte Entwicklung und ihre Eingliederung in die Weltwirtschaft sowie ihre Mitwirkung bei der Bewältigung der globalen Herausforderungen der Menschheit für Frieden und Wohlstand auf der Welt von grundlegender Bedeutung sind. Wir werden unsere Unterstützung für ihre Bemühungen um Selbsthilfe auf der Grundlage verantwortungsbewußten staatlichen Handelns weiterhin verstärken. Wir werden sie auch ermutigen, eine

gesunde und offene Wirtschaftspolitik zu verfolgen, damit sie eine tragfähige Grundlage für dauerhaftes Wirtschaftswachstum schaffen können.

13.

Zu diesem Zweck werden wir einen umfassenden Ansatz verfolgen, der nicht nur die öffentliche Entwicklungshilfe, sondern auch Handel, Investitionen und die Schuldenstrategie umfaßt, wie auch einen differenzierten Ansatz, der auf die Bedürfnisse und Leistungsfähigkeit jedes Landes in seinem spezifischen Entwicklungsstadium zugeschnitten ist und Umwelaspekte berücksichtigt. Im Rahmen eines solchen Ansatzes werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Entwicklungshilfe zu verstärken, damit auf laufende Bedürfnisse wie auch auf neue Erfordernisse eingegangen werden kann. Die ärmsten Länder verdienen besondere Aufmerksamkeit. Dementsprechend unterstützen wir eine Folgeeinrichtung oder die Erneuerung der Erweiterten Strukturanpassungsfazilität des IWF. Wir hoffen auch auf ein erfolgreiches Ergebnis der Internationalen Konferenz über Afrikanische Entwicklung im Oktober dieses Jahres. Wir bekräftigen die Gültigkeit der internationalen Schuldenstrategie und fordern den Pariser Club auf, die Frage von Schuldenerleichterungen zugunsten der ärmsten, hochverschuldeten Länder weiterhin zu prüfen, insbesondere in bezug auf eine einzelfallbezogene baldigere Reduzierung der Gesamtschulden. Wir begrüßen den Beschluß der amerikanischen Regierung, sich uns bei der Schuldenreduzierung für diese Länder anzuschließen.

14.

Wir begrüßen die von den Entwicklungsländern ergriffenen Initiativen zum Aufbau einer konstruktiveren Partnerschaft und eines fruchtbareren Dialogs über Fragen von beiderseitigem Interesse. Wir werden auf den Erfolg der nächsten Jahr in Kairo stattfindenden internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung hinarbeiten, die von Bedeutung ist, um die Wechselwirkungen zwischen einem raschen Bevölkerungswachstum und den Zielen einer dauerhaften Entwicklung zu behandeln.

Internationale Zusammenarbeit und künftige Gipfel

15.

Um die Herausforderungen, denen wir gegenüberstehen, zu bewältigen, sind wir entschlossen, die internationale Zusammenarbeit in den bestehenden Foren zu stärken und eine bessere Koordinierung und Effizienz anzustreben. Wir begrüßen und würdigen die Bemühungen des Generalsekretärs, die Aktivitäten der Vereinten Nationen zu reformieren und zu verbessern. Wir werden ihn bei der Verfolgung dieser Ziele unterstützen.

16.

Wir haben darüber nachgedacht, wie die Gipfeltreffen unsere Aufmerksamkeit am wirksamsten auf die wichtigsten Fragen der Zeit konzentrieren können. Wir schätzen die Gipfel, weil sie die Gelegenheit bieten, Meinungen auszutauschen, Konsens herzustellen und das Verständnis untereinander zu vertiefen. Wir sind aber der Auffassung, daß die Gipfel mit weniger äußerem Aufwand, weniger Personen, Dokumenten und Erklärungen ablaufen und wir mehr Zeit für informelle Gespräche unter uns finden sollten; damit wir gemeinsam besser auf die großen gemeinsamen Anliegen eingehen können. Wir beabsichtigen, künftige Gipfel in diesem Geist abzuhalten.

Wir haben die Einladung des italienischen Ministerpräsidenten angenommen, im Juli 1994 in Neapel zusammenzukommen.